

Haushalt 2010

Alfred Honisch (Fraktionsvors.),
anlässlich der Etat-Verabschie-
dung am 01. Dez. 2008 im
Weilheimer Stadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!

Teil 1: Haushaltsrede

Gesamtdefizit 2010:

5,621 Mio. €

Verw.hh.: - 2,14 Mio. €

Verm.hh.: - 3,48 Mio. €

’09: 3,0 Mio. €

’08: 1,6 Mio. €

’07: 2,08 Mio. €

Verwaltungshaushalt:

2,14 Mio. € **Defizit** wg.

1,9 Mio. € weniger

Steuereinnahmen und um
239.000 € höhere Aus-
gaben

Vermögenshaushalt:

3,05 Mio. € **Defizit:**

8,1 Mio. Ausgaben gg.üb.

5,05 Mio Einnahmen

= 60% höhere Ausgaben

Einnahm.: ’09: 6,39 Mio. €

’08: 7 Mio. €

’07: 9,45 Mio. €

Gesamtzahlenwerk siehe

Teil 2.

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren des Weilheimer Stadtrates,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,**

als letzter von vier Rednern auf der Liste wiederhole ich nur ungern nochmals alle Haushaltszahlen. Vieles ist dazu bereits gesagt worden. Ich konzentriere mich deshalb mehr auf die grundsätzliche Einschätzung dieses Haushalts, und das aus der Sichtweise gleich von drei unterschiedlichen Parteien- nämlich grün, unabhängig und wirtschaftsliberal.

Wir stellen fest, dass sich die Stimmung in unserem Land nach einer beispiellosen Finanz- und Wirtschaftskrise nur langsam zu bessern beginnt. Eine Krise, die durch (turbo)-radikal-kapitalistisches Marktverhalten - insbesondere im Bankensektor - dazu geführt hat, dass grenzenlose Gier nach Gewinn die Haushalte selbst solider Länder an den Rand des Staatsbankrotts brachte. Spätestens Ende letzten Jahres hat diese Krise auch die Städte erreicht. Die optimistische Auffassung der Regierung, wonach die Rezession praktisch schon überwunden sei, teilen wir jedoch nicht. Der Aufschwung ist allenfalls ein Zwischenspur im Kern aber labil.

Ebenso wenig ist uns die neue Bundesregierung Vorbild in ihrem Haushaltsgebaren, nämlich hohe Neuausgaben zu planen, gleichzeitig die Steuern für besondere Wirtschaftszweige zu senken ohne überzeugende Gegenfinanzierung, alles in der Hoffnung auf den wirtschaftlichen Aufschwung. Dass sie selbst nicht so recht daran glaubt, belegt die aktuelle Entscheidung, das Arbeitslosengeld vorsorglich für weitere 18 Monate zu gewähren.

Meine_D.und_H.,

bei der Stadt Weilheim kommen Veränderungen auf der großen Bühne von Wirtschafts- und Finanzpolitik immer erst mit ein bis zwei Jahren Verzögerung an, so die Erfahrungen des Stadtkämmerers. Anders als etwa in den Nachbarstädten wie Schongau oder Penzberg. Trotzdem steht dieser Haushalt wie keiner jemals zuvor unter dem Motto **„Strecken – schieben – kürzen und Schulden manchen!** Denn das zu erwartende Gesamtdefizit von 5,621 Mio. EU ist beispiellos in der jüngeren

Finanzgeschichte unserer Stadt und kann nur durch neue Schulden von 2,5 Mio EU und der Entnahme von 3,1 Mio. EU aus den Rücklagen ausgeglichen werden.

Die Eckdaten sind alle schon genannt worden: Durch die Krise nimmt die Stadt in der Summe 1,9 Mio. EU (ca. 9%) weniger an Steuern ein. Und weil die Krise auch Arbeitsplatzverlust bedeutet, wird die **Einkommenssteuer** 2010 nur noch 8,9 Mio. EU betragen, während es 2009 noch satte 10 Mio. waren. Völlig unkalkulierbar bleibt, wie viel an **Gewerbesteuer** Weilheims Betriebe künftig bezahlen werden. Für dieses Jahr sind es noch 10,6 Mio., für 2010 sieht der Ansatz nur noch 9 Mio. EU vor. Das heißt 15 Prozent weniger und mit jedem Betrieb der schließen muss, verringert sich unsere Haupteinnahmequelle!

Die Krise drückt aber nicht nur die Einnahmen nach unten, sondern auch die Ausgaben nach oben. Zwar muss unser Sozialamt keine Hartz IV-Auszahlungen leisten, dafür ist der Landkreis zuständig. Trotzdem tauchen die Kosten für steigende Arbeitslosigkeit, Jugend- und Sozialhilfe indirekt auch in unserem Haushalt auf. Nämlich als Erhöhung der Kreisumlage. Der Landkreis seinerseits begründet die höhere Umlage mit dem Hinweis auf die um 12 Prozent gestiegenen Ausgaben des Bezirks, z.B. für die Sozialhilfe. Letztendlich verlangt uns der Kreis 1,2 Prozent mehr ab, was für Weilheim neuerliche Mehrausgaben von 235.000 EU bedeutet.

An diesen Ausgaben- und Einnahmenarten sieht man deutlich, dass der **Verwaltungshaushalt** – praktisch das Girokonto der Stadt - an vielen Stellen fremdbestimmt ist und von uns aktiv nur wenig beeinflusst werden kann.

Ganz anders verhält es sich mit der Hauptursache für das diesjährige **Gesamtdefizit**, nämlich den 3,5 Mio EU „Miesen“ im **Vermögenshaushalt**. besser: Mehrausgaben

150 Ausgabeposten im Vermögenshaushalt von 400 EU für die Finanzverwltg. bis hin zu 3 Mio. EU für die energetische Sanierung der Hardtschule

Meine Damen und Herren, wer 67 Prozent mehr Ausgaben als Einnahmen hat, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht über seine Verhältnisse lebt. Immerhin **150 Ausgabeposten** finden sich dazu im Haushalt, von den Spielgeräten für die städtischen Spielplätze, dem Hochwasserschutz, dem Anbau der AWO-Kinderkrippe bis hin zur Sanierung der Ledererstraße. Alles zusammen Kosten von 8,1 Mio. EU. Wer aber wollte die Sinnhaftigkeit dieser Ausgaben in Abrede stellen? Unsere Fraktion jedenfalls nicht. Denn die komplette Wunschliste

städtebaulicher, verkehrlicher und sozialer Vorhaben hätten Ausgaben von nahezu 15,3 Mio. EU bedeutet!

Damit will ich sagen, dass auch für unsere Fraktion aus der Wunschliste umgehend eine Streichliste für fast 90 Prozent aller gewünschten Ausgaben wurde. Wir **Grüne** sehen die Zukunftsaufgabe „**Energiewende**“ mittlerweile in Ansätzen bei der Stadt verstanden, 5 Mio. EU für die energetische Sanierung der Ammer- und Hauptschule ist auch für uns momentan nicht finanzierbar. Kollege Mini von der **UWV** akzeptiert die Verschiebung einer wesentlichen Gerechtigkeitsfrage auf 2010. Nämlich der Reduzierung der Gebühren für Geschwister in WMs Kindergärten. Und mit Stadtrat Hüglin - von der **FDP** - sind wir uns einig darüber, dass die Erweiterung des Jugendzentrums, der Neubau des Bauhofes und die Sanierung städtischer Wohngebäude in diesem Haushalt nicht leistbar ist.

**Grüne/UWV/FDP
stimmen der
Haushaltssatzung
2010 zu**, ebenso dem
Haushalt des Städt.
Bürgerheims

Meine Damen und Herren, **wir stimmen dem Hauhaltsplan 2010 zu**. Trotzdem will ich als Fraktionsvorsitzender von drei Parteien, noch einen Satz darüber verlieren, wer denn nun vor Ort, im Weilheimer Stadthaushalt, die Zeche zahlen muss, für die Mrd.ausgaben für Rettungsschirme – ganz weit oben – oder das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“? Es ist zuerst einmal wieder der durchschnittliche Steuerzahler, der sich an die Abgabenerhöhungen von 1 bis 3 Prozent jedes Jahr gewöhnt hat. Gleichzeitig stellen wir jedoch fest, dass z.B. die Gewerbesteuer seit sieben Jahren unverändert ist, ebenso die beiden Grundsteuern.

Niemand will den Wirtschaftsstandort Weilheim mit seinen fast 3000 Klein, Mittel- und elf Großbetrieben in seiner Leistungsfähigkeit beschädigen! Aber spätestens Mitte 2010, wenn sich die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zeigen muss die Frage diskutiert werden, ob nicht eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer die Einnahmesituation unserer Stadt entscheidend verbessern könnte.

Abschließend richten wir von dieser Stelle aus eine zentrale Botschaft an die Bank- und Kreditinstitute vor Ort! Zögern sie nicht, pfiffigen Geschäftsideen in allen Bereichen unserer Wirtschaft, auf dem Energiesektor oder im Sozialen unbürokratisch Mittel zu gewähren! Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Lösungen, gerade der Kreditgeber!

Unser Dank geht abschließend an Sie, Herr Stadtkämmerer **Scharf**, sowie an Herrn **Friedlmeier** und an all Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das fundierte Zahlenwerk und die geleistete Arbeit.